

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Pfg. freibl. auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 30 R.-Pf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-M., v. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M., 3 gesp. Reklamezeile 0,45 R.-M., Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-M., Nachweise- und Offertengebühr 0,20 R.-M., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4486. Bankkonto: Vereinsbank zu Leipzig, Filiale Waldenburg. Stadtkontonummer Waldenburg 90. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfällig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Verordnungen ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen. Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (D. Z. V.) - Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabebetage erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eiche; in Wolkensdorf bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unserer Verleger, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinden der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensdorf und Ziegelheim.

Nr. 69

Mittwoch, den 23. März 1927

49. Jahrgang.

Italienische Truppenlandung in Albanien?

Amthlicher Teil.

Bekanntmachung.

Im Fürstlichen Lustgarten und Park Grünfeld sind in letzter Zeit erhebliche Beschädigungen an den Anpflanzungen und Anlagen vorgekommen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Betreten des Rasens verboten ist. Wir bitten Naturfreunde darauf achten zu wollen, daß Uebergriffe und Beschädigungen der Anpflanzungen vermieden werden. Eltern und Erziehungsberechtigte wollen die ihnen anvertrauten jungen Leute und Kinder vor Zerstörungen warnen.

Schloß Waldenburg, am 21. März 1927.

Die Fürstlich Schönburgische Kanzlei.

Die Reichsregierung hat den Aufwertungs-Volksscheid für unzulässig erklärt.

Der Finanzausgleich wird bis zum 1. April 1929 verlängert.

Im Fememordprozeß soll das Urteil am Sonnabend gefällt werden.

Die Kommunisten verlangen angesichts der Möglichkeit eines Kriegskonfliktes die sofortige Einberufung des auswärtigen Ausschusses.

Zu Kattowitz sprach der Vertreter Pilsudskis die Erwartung aus, daß der Krieg mit Deutschland kommen werde.

Zu Belgrad gab der jugoslawische Außenminister eine Erklärung über die jugoslawisch-albanischen Beziehungen ab.

Die Kantontuppen sind in Schanghai unter dem Jubel der Bevölkerung eingetroffen. Ueber Schanghai wurde der Kriegszustand verhängt.

Waldenburg, 22. März 1927.

Es läßt sich nicht verkennen, daß der italienische Marmor wegen der angeblich kriegerischen Absichten der Belgrader Regierung gegenüber Albanien in der europäischen Diplomatie einige Nervosität hervorgerufen hat. Das kommt auch in den ausländischen Blättern zum Ausdruck. Wie stets in Fällen politischer Krisen werden dabei auch mancherlei Tendenzmeldungen in die Welt gesetzt, die sich auf ihre Richtigkeit schwer nachprüfen lassen, die man aber auch nicht ohne weiteres für falsch halten darf, weil sie von irgend einer „zuständigen“ Stelle für unzutreffend erklärt werden. So wird z. B. von „zuständiger Seite“ in Belgrad eine Meldung für unrichtig erklärt, wonach der englische und der italienische Gesandte im Sinne der italienischen Zirkularnote in Belgrad Schritte unternehmen haben sollten. Dabei sollte der englische Gesandte den Standpunkt der italienischen Regierung vertreten haben. Die „zuständige Seite“ behauptet demgegenüber, der englische Gesandte habe erklärt, er glaube nicht, daß irgend ein Grund zu der Annahme bestehe, daß Jugoslawien eine militärische Angriffsaktion gegen Albanien vorbereite.

Auch der italienische Gesandte General Bodrero dementierte die Meldung der Politika und teilte mit, er habe weder allein noch gemeinsam mit dem englischen Gesandten beim Außenminister Petritsch Schritte unternehmen. Weiter erklärte der Gesandte: Die in einigen ausländischen Zeitungen im Umlauf befindlichen üblichen Nachrichten bezüglich italienischer Kriegsvorbereitungen, insbesondere mit Rücksicht auf die Lage auf der Balkanhalbinsel, sind völlig unbegründet und gehören zu den alarmierenden und faschistenfeindlichen Denunziationen; in Wahrheit hat Italien überall eine Politik der Befriedung und des Einbernehmens befolgt.

Es mag sein, daß in der Tat keine diplomatischen Schritte in dem von der Politika angedeuteten Sinne unternommen worden sind. Trotzdem aber wird man den Eindruck nicht los, als ob in dieser Frage ein gewisses englisch-italienisches Einverständnis besteht, während andererseits Frankreich mehr oder minder offen mit Jugoslawien sympathisiert. Durch diesen englisch-französischen Gegensatz gewinnt die Angelegenheit eine besondere Bedeutung, wenn man auch in London und Paris vorläufig nach außen hin den Schein zu wahren sucht, als ob man in keiner Weise an der Sache unmittelbar interessiert ist.

So bemüht sich auch eine offiziöse Dava-

mitteilung beiden Seiten gerecht zu werden, wiewohl man doch vielleicht eine gewisse französische Sympathie für Jugoslawien herauslesen kann. Es heißt darin: „In der augenblicklichen Krise hat die französische Regierung nicht aufgehört, in Belgrad Mäßigung anzurufen, und sie wird nicht ermahnen, diese Ratschläge bei der jugoslawischen Regierung zu erneuern. Die französische Diplomatie ist aber andererseits davon überzeugt, daß Italien die Politik der Großmächte annehmen und sich um einen Ausgleich bemühen wird. Was die Anklagen betrifft, die vom Giornale d'Italia gegen die Tätigkeit erhoben wurden, die einige Franzosen zugunsten Süd-Nawiens ausgeübt haben sollen, so beruhen diese auf keiner tatsächlichen Grundlage. Die italienische Regierung hat von dem französischen Botschafter bereits eine Versicherung in diesem Sinne erhalten.“

In England sieht man die Lage jedenfalls für sehr ernst an. „Observer“ rechnet bereits mit einer italienischen Aktion in Verfolg des italienisch-albanischen Konfliktes. Das Blatt schreibt, es verlautet, daß Italien bereits Vorbereitungen zur Landung in Durazzo und Valona getroffen habe. Eine bewaffnete militärische Aktion könne daher jeden Augenblick erfolgen. Dies könne der Beginn einer ebenso ernsten Zeit der Unruhe sein, wie sie durch die österreichische Annexion von Bosnien und der Herzegowina im Jahre 1908 eröffnet wurde. Der Völkerbundsrat müsse veranlaßt werden, auf Grund des Art. 11 der Satzung eine Aktion zu unternehmen, um Italien und Jugoslawien aufzufordern, jede militärische Bewegung bis zu einer unparteiischen Untersuchung durch einen Völkerbunds-Ausschuß zu unterlassen.

Etwas weniger pessimistisch wird die Lage in einem Leitartikel der „Times“ beurteilt. Das Blatt glaubt nicht, daß es auch nur zu einem Kriege im kleinen Maßstabe kommen werde, und führt zur Begründung aus: Nirgends kennt man besser die augenblickliche militärische Stärke Italiens als in Jugoslawien. Sicher werden König Alexander und seine Ratgeber die letzten sein, die vorsätzlich eine Lage herbeiführen werden, die zum Krieg mit Italien führen könnte. Das Blatt betont dann die freundschaftlichen Gefühle Englands für Jugoslawien, schreibt aber gleichwohl: Das Vorhandensein von Banden und Abenteurern auf jugoslawischem Boden, die oft von ausländischen Agenten rekrutiert und bezahlt werden, ist allzulange geduldet worden mit dem Erfolg der Schaffung von Gelegenheiten für gefährliche Intrigen. Im Interesse der jugoslawischen Regierung, der offenbar jeder Wunsch, einen Konflikt mit Italien herbeizurufen, fern liegt, liegt es, angesichts des Vertrages von Tirana jede Komitatstätigkeit an der albanischen Grenze zu unterdrücken.

Das Blatt hält es nicht für nötig, den Völkerbund anzurufen. Das ganze Mißverständnis könnte sofort durch guten Willen auf Seiten Jugoslawiens und Italiens aus dem Wege geräumt werden. Aus diesen widersprechenden Äußerungen kann man jedenfalls wohl den Schluß ziehen, daß die neue Balkankrise sowohl England wie Frankreich recht unangenehm kommt. Man möchte die Sache auf dem Kompromißwege aus der Welt schaffen oder wenigstens verschleppen. Früher oder später aber wird doch einmal die albanische Frage so brennend werden, daß sich ihre Lösung nicht mehr verschleppen läßt. Sie ist eine von den vielen ungelösten Fragen, die uns die Pariser Friedensverträge hinterlassen haben.

Eine Bennigsen-Feier.

Die 60-Jahr-Feier der Nationalliberalen Partei.

Im Rahmen der Sechzigjahrfeier der Nationalliberalen Partei fand Sonntag mittag am Bennigsen-Denkmal in Hannover die Gedächtnisfeier für den Gründer der Partei, von Bennigsen, statt. Dazu hatten sich mehrere tausend Personen eingefunden. Um 12 Uhr begann die Feier unter dem feierlichen Glockengeläute der Marktkirche. Die Fahnenkompagnie der volksparteilichen Jugend gruppierte sich um das Denkmal, das mit zahlreichen Kränzen mit den Farben schwarz-weiß-rot geschmückt war. Reichstagsabgeordneter Albrecht hielt die Gedächtnisrede, in der er das Wirken Bennigsens als des erfolgreichen Wegbereiters für

Deutschlands Einheit und Freiheit umriß und die nationale Arbeit der Partei in dem 1871 endlich geeinten Deutschland würdigte. Die Rede klang in anerkennende Worte für Stresemann aus, der das Erbe Bennigsens treu gehütet habe.

Bei dem Festmahl im Rathaus verlas Stresemann Glückwunschtelegramme Hindenburgs und des Innenministers v. Kaulell.

Schanghai gefallen.

Eindringen der Kantontuppen in die Stadt.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind die Südtuppen in die Chinesenstadt von Schanghai eingedrungen. General Pilschutchen, der Kommandeur der Schantungstruppen in Schanghai, hat sich, wie berichtet wird, in die französische Konzeption geflüchtet. Die Südtuppen haben Schanghai, 40 Meilen nordwestlich von Sutschau, eingenommen, und dadurch die Eisenbahnverbindung Schanghai-Nanking abgeschnitten.

Nach weiteren Meldungen hat der Generalstreik begonnen. Zunächst stellten die internationalen Tramwaybahnen ihren Dienst ein, die Belegschaften der großen Baumwollfabriken folgten. Die Polizei mußte wiederholt gegen die in den Straßen demonstrierende Menge vorgehen. Drei Soldaten des Pilschutchen-Regiments wurden durch Schüsse verwundet; Einzelheiten sind noch nicht bekannt. Die Freiwilligen sind mobilisiert worden.

Der Zusammenbruch der Front der nordchinesischen Truppen vor Sungkiang, das 7000 Mann Schanghaier Verteidiger verteidigten, wurde durch eine Umfassungsbewegung der nationalistischen Truppen herbeigeführt, die die Stellung der Nordtruppen bei Minheng und weiter östlich unhaltbar machte. Letztere zogen sich in aller Eile zurück und versuchten auch nicht im geringsten Widerstand zu leisten.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Reichspräsident von Hindenburg wohnte am Sonntag in der Berliner Dreifaltigkeitskirche einer Einsegnungsfeier bei. Er begrüßte die Konfirmanden und richtete die ersten Worte an sie. Eine der Konfirmandinnen überreichte dem Reichspräsidenten einen Strauß roter Rosen.

Die kommunistische Fraktion des Reichstags hat an den Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses Wallraf ein Schreiben gerichtet, in dem angesichts der Zulassung der Verhältnisse zwischen Italien und Jugoslawien und der Möglichkeit eines Kriegskonfliktes um die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses ersucht wird.

Im Anschluß an eine Stahlhelmkundgebung in Duisburg kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Reichsbanner- und Stahlhelmlisten, bei denen Ziegelsteine von einem Neubau als Wurfgeschosse dienten. Fünf Stahlhelmmitglieder und zwei Reichsbannerleute wurden verwundet.

In Thüringen plant man in Rücksicht auf die mögliche Landtagsauflösung die Gründung einer Frauenpartei, die bei der nächsten Wahl eigene Kandidaten aufstellen und die Stimmen sämtlicher Frauen auf sich ziehen soll.

Der deutsche Außenhandel zeigt im Februar im reinen Warenverkehr einen Einbuhrückgang von 338 Millionen RM. gegen 295 Millionen RM. im Vormonat. Bei der Warenausfuhr ist eine Abnahme um 43 Millionen festzustellen.

Die vereinigten vaterländischen Verbände heimattreuer Oberschlesier veranstalteten am Sonntag im Breslauer Konzerthaus eine Abstimmungsgedenkfeier, bei der eine Entschlebung angenommen wurde, in der es heißt: Die versammelten Oberschlesier legen erneut ihr Treuegelöbniß zur Heimat ab. Sie erwarten von den Reichs- und Staatsbehörden die Anwendung aller staatsrechtlichen Mittel, um die entrissenen Teile der Heimat dem Mutterlande wieder zuzuführen.